

Deutschlands als Waffe missbrauchter Kampf gegen den Antisemitismus untergräbt die Demokratie

Dörthe Engelcke, middleeasteye.net, 25.09.24

Ein Vorschlag für eine parlamentarische EntschlieÙung bedroht die Redefreiheit und könnte legitime Kritik am Staat Israel im Keim ersticken

Die deutsche politische Debatte hat den Bezug zur Wirklichkeit verloren. Vor dem Internationalen Gerichtshof ist derzeit ein Verfahren anhängig, in dem dem Staat Israel vorgeworfen wird, in Gaza Völkermord zu begehen.

Indem Deutschland versucht, die öffentliche Debatte und die dringend benötigte Kritik an der israelischen Politik zu einem Zeitpunkt wie diesem zu unterdrücken, macht es sich mehr und mehr mitschuldig an unsäglichen Kriegsverbrechen und möglicherweise Völkermord.

Der Deutsche Bundestag bereitet die Verabschiedung einer Resolution mit dem Titel „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ vor. ¹

Was sich wie ein hehres Ziel anhört, droht das demokratische Gefüge unserer Gesellschaft zu untergraben, das den Schutz gefährdeter Personen überhaupt erst gewährleistet.

Die Parlamentarier wollen die Resolution noch vor dem 7. Oktober verabschieden – ein konkretes Datum für die Abstimmung steht noch nicht fest. Sie wollen am ersten Jahrestag des Hamas-Angriffs ein Zeichen der Solidarität mit dem Staat Israel zu setzen.

Dieser Schritt hat in Deutschland eine Debatte ausgelöst. Zivilgesellschaftliche Gruppen, Künstler und Wissenschaftler, darunter auch ich, haben den Resolutionsentwurf in einem offenen Brief kritisiert. ²

Wir sind besonders besorgt über die Bedrohung der Meinungsfreiheit sowie der akademischen ³ und künstlerischen Freiheiten, während das Ziel, das er sich berechtigterweise setzt, nicht erreicht wird.

In dem EntschlieÙungsentwurf wird empfohlen, die Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Standard für die Bewertung von staatlichen Finanzierungsanträgen und die Feststellung dafür übernehmen, ob ein Projekt antisemitisch ist. ⁴

Dies gibt Anlass zur Sorge, da die IHRA-Definition weit gefasst und mehrdeutig ist und damit Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch eingestuft werden kann. Selbst Kenneth Stern, einer der

ursprünglichen Autoren der Definition, hat sich von ihr distanziert und vor ihrem Potenzial für politischen Missbrauch und dem Risiko gewarnt, eine legitime Debatte zu ersticken. 5

Letztlich ist die Staatsräson, die den Schutz des Staates Israel als Teil der Sühne für vergangene Gräueltaten beinhaltet, in ihrer derzeitigen Auslegung mit einem modernen demokratischen Land unvereinbar.

In dem Entschließungsentwurf werden umfassende Maßnahmen vorgeschlagen, die angeblich auf die Bekämpfung von Antisemitismus im Sinne der IHRA-Definition abzielen. Er fordert die Regierung auf, neue Schritte zu prüfen, um sicherzustellen, dass staatliche Mittel nicht „für Antisemitismus“ verwendet werden, und schlägt vor, dass Finanzierungsanträge von Gruppen der Zivilgesellschaft geprüft werden sollten, um die Verbreitung „antisemitischer Narrative“ zu verhindern. 6

Mit Hintergedanken

Gesetzgeber verschiedener Parteien haben vorgeschlagen, dass bei Bedarf Nachrichtendienste in die Beurteilung, ob ein Projekt Antisemitismus fördert, einbezogen werden könnten.

Dies ist aus mehreren Gründen besonders besorgniserregend. Es nutzt die wichtige Notwendigkeit, Antisemitismus zu bekämpfen, mit dem möglichen Hintergedanken, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Es könnte dazu führen, dass Finanzmittel für Forschung und kulturelle Arbeit auf der Grundlage der Positionierung zur israelischen Politik vergeben werden.

Diese Art der ideologischen Auslese ist mit der akademischen Freiheit unvereinbar. Die Festlegung einer Definition von Antisemitismus, die Kritik an der israelischen Politik ausschließt, würde sich nachteilig auf die Forschung auswirken.

In einer Zeit, in der Deutschland mehr und nicht weniger Wissen über den Staat Israel, Palästina und den Nahostkonflikt braucht, könnte diese Entschließung Wissenschaftler und Künstler davon abhalten, sich mit diesen Themen zu befassen, aus Angst, als antisemitisch abgestempelt zu werden.

Darüber hinaus fordert die Entschließung das Parlament auf, „repressive Maßnahmen“ in Bezug auf das Aufenthalts-, Asyl-, Staatsangehörigkeits- und Strafrecht zu ergreifen, um Antisemitismus zu bekämpfen. In der Entschließung heißt es, dass antisemitisches Verhalten im akademischen Umfeld sanktioniert werden sollte, einschließlich des Ausschlusses von Studenten in schweren Fällen. 7

Wenn dies umgesetzt wird, bedeutet dies, dass Menschen ihr Recht auf Asyl verlieren, ihr Weg zur Staatsbürgerschaft versperrt wird oder ihre Aufenthaltsgenehmigung widerrufen wird, wenn sie sich antisemitisch im Sinne der IHRA-Definition äußern oder verhalten.

Studierende könnten ausgewiesen werden, wenn sie Protestcamps in Solidarität mit Palästina organisieren, wobei solche Versammlungen oft als antisemitisch bezeichnet werden. 8

Der Entschließungsentwurf verdeutlicht in der Tat einen beunruhigenden Trend: Seit dem 7. Oktober wird immer deutlicher, dass es unserer Gesellschaft an der Fähigkeit mangelt, kontroverse Debatten zu führen. Infolgedessen besteht die wichtigste politische Reaktion auf solche Debatten darin, abweichende Stimmen zu verbieten, zu bestrafen und zu kriminalisieren.

Gegenläufige Wirkung

Während der Entschließungsentwurf vorgeblich die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland schützen will, könnte er das Gegenteil bewirken. Jüdische Künstler und Wissenschaftler, die ihre Solidarität mit den Palästinensern zum Ausdruck gebracht oder israelische Krieg gegen den Gazastreifen kritisiert haben, mussten bereits schwere Konsequenzen hinnehmen, darunter die Kündigung von Verträgen, den Entzug von Einladungen zu Ausstellungen und andere Formen der Repression. 9

Wenn die Resolution in ihrer jetzigen Form angenommen wird, wird sie wahrscheinlich den Druck auf israelische und jüdische Stimmen erhöhen, die von der offiziellen Haltung des deutschen Parlaments abweichen.

Ein echtes Bemühen, jüdisches Leben zu bewahren und zu schützen und die Vielfalt jüdischer Stimmen in Deutschland zu würdigen, würde mit einer Demokratisierung der Vergabe staatlicher Mittel beginnen. So wurden beispielsweise die staatlichen Mittel für den Zentralrat der Juden, eine sozial-konservative Organisation, die die derzeitige israelische Regierung unterstützt, für 2024 von 13 auf 22 Millionen Euro (24 Millionen Dollar) erhöht. 10

Im krassen Gegensatz dazu erhalten liberale jüdische Gruppen, die der israelischen Regierung kritisch gegenüberstehen, wie die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden im Nahen Osten*, keine staatlichen Mittel und sind Repressionen ausgesetzt.

Im vergangenen März froh eine staatliche Bank das Konto der Organisation ein, und im vergangenen Herbst wurde ein Vorstandsmitglied der Gruppe in Berlin kurzzeitig festgenommen, weil es ein Schild mit der Aufschrift „Als Jüdin und Israeli: Stoppt den Völkermord in Gaza“ trug: 11

Der Resolutionsentwurf folgt auf einen breiteren Skandal um die akademische Freiheit in Deutschland. Anfang dieses Jahres unterzeichnete eine Gruppe von Akademikern, darunter auch ich, einen offenen Brief, in dem sie die Auflösung eines Protestcamps an der Freien Universität Berlin durch die Polizei kritisierten und den Schutz des Rechts der Studenten auf friedlichen Protest forderten. 12

Daraufhin warf das deutsche Bildungsministerium den Unterzeichnern vor, Gewalt und Antisemitismus zu fördern. Durchgesickerte E-Mails haben seitdem enthüllt, dass das Ministerium prüfte, ob Akademikern, die den Brief unterschrieben hatten, die Finanzierung entzogen werden könnte, obwohl das Ministerium später sagte, dass es keine weiteren Konsequenzen geben würde. 13

Unerreichbar

Diese Enthüllungen haben die wissenschaftliche Gemeinschaft erschüttert und die Befürchtung verstärkt, dass Finanzierungsentscheidungen eher von politischen Erwägungen als von akademischen Verdiensten beeinflusst werden könnten. Der Entschließungsentwurf untergräbt das Vertrauen in die

Unparteilichkeit der staatlichen Förderung der Wissenschaft weiter. Dies ist in Deutschland von besonderer Bedeutung, da die Wissenschaftler zunehmend von Drittmitteln abhängig sind.

Der Entschließungsentwurf wird von den Grünen, den Sozialdemokraten, den Christdemokraten und den Liberaldemokraten eingebracht. In Anbetracht der jüngsten Zugewinne der Rechtsextremen bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland hatten viele erwartet, dass die Bedrohung der akademischen Freiheit, der freien Meinungsäußerung und der Künste vor allem von der extremen Rechten ausgehen würde. 14

Das vergangene Jahr hat jedoch gezeigt, dass viele repressive Maßnahmen von Parteien der politischen Mitte vorangetrieben werden. Die so genannte demokratische Mitte sollte sich davor hüten, der extremen Rechten den Weg zu ebnen. Wenn Mechanismen wie die im Entschließungsentwurf vorgeschlagenen erst einmal eingeführt sind, könnten sie leicht gegen andere politische Gegner eingesetzt werden.

Die deutsche politische Debatte hat den Bezug zur Wirklichkeit verloren. Vor dem Internationalen Gerichtshof ist derzeit ein Verfahren anhängig, in dem dem Staat Israel vorgeworfen wird, in Gaza Völkermord zu begehen. 15 Die Lage im Gazastreifen ist apokalyptisch: Zehntausende Zivilisten sind tot und werden vermisst, Tausende von Kindern sind zu Waisen geworden und laufen Gefahr, an Polio zu erkranken. 16 Die Palästinenser in Gaza verhungern, und es gibt zahlreiche Berichte über körperliche und sexuelle Misshandlungen von palästinensischen Gefangenen.

Indem Deutschland versucht, die öffentliche Debatte und die dringend benötigte Kritik an der israelischen Politik zu einem Zeitpunkt wie diesem zu unterdrücken, macht es sich mehr und mehr mitschuldig an unsäglichen Kriegsverbrechen und möglicherweise Völkermord.

Letztlich ist die Staatsräson 17, die den Schutz des Staates Israel als Teil der Sühne für vergangene Gräueltaten beinhaltet, in ihrer derzeitigen Auslegung mit einem modernen demokratischen Land unvereinbar.

Wenn wir eine offene Gesellschaft sein und unsere eigene Vielfalt anerkennen wollen, können wir nicht an der Staatsräson in ihrer jetzigen Form festhalten, die uns daran hindert, das Leid aller anzuerkennen – indem sie deren Geschichte und Erfahrung leugnet – und damit einen ewigen Kreislauf der Gewalt nährt.

1 <https://fragdenstaat.de/dokumente/249679-antrag-entwurf-der-fraktionen-der-spd-cdu-csu-buendnis-90-die-gruenen-und-fdp/>

2 https://www.adk.de/de/aktuell/doku_blog_news/2024/Appell_zur_Resolution_zum_Schutz_juedischen_Lebens_in_Deutschland.pdf?m=1724920842&

3 <https://x.com/starkwatzinger/status/1788275720776491495>

4 <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism>

5 <https://www.bostonglobe.com/2024/02/15/opinion/kenneth-stern-antisemitism-ihra-free-speech/>

6 <https://www.zeit.de/kultur/2024-08/resolution-zum-schutz-juedischen-lebens-bundestag-kultur-reaktion>

7 <https://www.nytimes.com/2024/04/06/arts/design/berlin-israel-gaza-art-scene.html>

8 <https://www.aljazeera.com/features/2024/5/25/punched-choked-kicked-german-police-crack-down-on-student-protests>

9 <https://www.nytimes.com/2024/04/06/arts/design/berlin-israel-gaza-art-scene.html>

10 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/israel-deutsche-beteiligung-bundeswehr-einsatz-100.html>

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008842.pdf>

11 <https://www.aljazeera.com/news/2024/4/1/we-jews-are-just-arrested-palestinians-are-beaten-german-protesters>

12

https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfVy2D5Xy_DMiaMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zIjKzEl9t1LWw/viewform?fbclid=IwY2xjawFJDa9leHRuA2FlbQIxMQABHZYraQVtv3q8BI-qHHrTZtYj8OskSJV3Ofq8HxUo8ANR1ps2cHQHIEESTQ_aem_19CcWxO9hxIOuUODAIxs-g

13 <https://x.com/starkwatzinger/status/1788275720776491495>

<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/Als-Reaktion-auf-Kritik-Bildungsministerium-wollte-Foerdermittel-streichen-,watzinger102.html>

14 <https://www.dw.com/de/rechtspopulistische-afd-st%C3%A4rkste-kraft-landtagswahl-th%C3%BCringen/a-70105093>

15 <https://static01.nyt.com/newsgraphics/documenttools/e9d8337ab5ae1d92/72977573-full.pdf>

16 <https://www.unicefusa.org/stories/unicef-delivers-polio-vaccines-protect-children-gaza-strip>

17 <https://www.dw.com/en/israel-and-germanys-reason-of-state-its-complicated/a-67094861>

Dr. Dörthe Engelcke: Wissenschaftliche Referentin, Leiterin des Kompetenzzentrums für das Recht arabischer und islamischer Länder am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. Sie promovierte in Orientalistik an der Universität Oxford. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Interaktion von Recht, Politik und Genderfragen in Westasien und Nordafrika.

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/opinion/germany-weaponised-antisemitism-eroding-democracy-how>

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de